

Ideologiefrei – Wider den konstruierten Zwangsgemeinschaften

Echte Gemeinschaften lassen sich nicht „von oben“ verordnen, sondern müssen sich „von unten“ entwickeln. Das gilt auch für Europa.

Von *Deborah Ryszka* und *Gunther Sosna*.

Die Nationalstaaten verordneten ihrer Bevölkerung das Gefühl von Gemeinschaft in Gestalt von Staatskonstruktionen, deren Konkurrenzdenken in zwei Weltkriegen mündete. Seit dieser Zeit wird den Menschen ein vereintes Europa als Ideal einer friedlichen Gemeinschaft vermittelt. Es bleibt eine Utopie.

Bis heute wird weitgehend ausgeblendet, dass sich stabile Gemeinschaften nicht „von oben“ als Zwangsgemeinschaften verordnen lassen, sondern sich „von unten“ durch Kooperation entwickeln. Deswegen muss es Aufgabe des Staates sein, Bedingungen für das Gelingen von Gemeinschaften zu schaffen, und nicht diese zu entwerfen, weil ihm dazu schlicht die Fähigkeit fehlt.

Das runde Märchen

Sommer, 2006. Fußball-Weltmeisterschaft. Deutschland schwimmt in einem schwarz-rot-goldenen Meer von Fahnen. Es scheint wie der Ausbruch aus einer jahrzehntelangen Patriotismusstarre. Nationalstolz, Ekstase und Gemeinschaft so weit das Auge reicht. Statt eines wilden „Sommers der Liebe“ wie 1969 in Woodstock, erlebt die Nation ein rundes „Sommermärchen“ mit „Friede, Freude, Fußballkuchen“.

Viele empfanden die Zeit der WM als Hochstunde eines wiedergefundenen deutschen Patriotismus. Ist das wirklich so? Brachte 2006 ein neues-altes Gemeinschaftsgefühl? Umgab das „Sommermärchen“ ein einheitsstiftendes Momentum? Nein. Sechs Wochen Fußball reichen vielleicht, um ein oberflächliches Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen, aber nicht, um echte Gemeinschaft hervorzurufen. Dazu gehört weit mehr als ein rundes Leder, Fahnen und Dosenbier.

Das utopische Ziel der Gesellschaft, Gemeinschaft zu sein

Die Einbettung in Gemeinschaft ist ein soziales Grundbedürfnis. Die Aussicht auf Erfüllung des

Wunsches nach Gemeinschaft wirkt somit verführend. Im Politischen durch das Andocken an eine politische Gruppierung inklusive Ideologie. Doch weder die rechte Ecke, mit ihrer Betonung des Nationalismus, noch die linke Ecke, die Gemeinschaft im Internationalismus verspricht oder die Mitte, die heute mit der Vision eines vereinten Europas lockt, können den Wunsch erfüllen.

Folgt man der Gemeinschaftsdefinition des Sozialtheoretikers Zygmunt Bauman ^[1] streben die unterschiedlichen Lager das gleiche Ziel an:

„Gemeinschaft – das Wort ist uns zum Synonym für ein verlorenes Paradies geworden, in das wir eines Tages zurückzukehren hoffen, und so suchen wir fieberhaft nach dem Weg dort hin.“

Das „rechte Projekt“, das die Ausgrenzung anderer Menschen über kulturelle Unterschiede betont – wir und die anderen – und den Nationalstaat propagiert, kommt der Gemeinschaft, zumindest oberflächlich gesehen, am nächsten. Aber warum nur auf den ersten Blick? Nach einer weiteren Definition Baumans ist eine Gemeinschaft nur so lange Gemeinschaft,

- (1) wie sie sich von anderen Gruppen ausgrenzt,
- (2) klein ist (für alle Mitglieder überschaubar) und
- (3) autark ist (Ermöglichung des menschlichen Handelns in Gesellschaft).

Per *definitionem* schließt der Begriff der Gemeinschaft einen Nationalstaat wie auch die Vision einer „Europäische Union“ (EU) aus, weil beide zwar ausgrenzen, aber weder überschaubar sind, noch Autarkie bieten. Die EU ist somit als Konstrukt objektiv nicht imstande, die Lücke von Gemeinschaft und Gemeinschaftsgefühl zu füllen – weder gestern, noch heute oder morgen.

Gemeinschaftsbildung „von oben“ ist nicht stabil

Staatsgebilde, in denen Millionen Menschen zusammen leben, sind durch die Definition der Gemeinschaft nicht abzudecken. In der Rechtskonstruktion „Staat“ besteht die große Herausforderung des herrschenden Regimes darin, dem Staatsvolk, also den der Konstruktion zugerechneten Subjekten, die in der Regel in „echte“ Gemeinschaften wie zum Beispiel Familie, Freundeskreise, Nachbarschaften oder eben Fußballmannschaften eingebunden sind, zu vermitteln, dass innerhalb der politischen Konstruktion Überschaubarkeit, Abgrenzung – gegenüber anderen Völkern – und Autarkie gegeben seien, somit eine Staatsgemeinschaft existieren würde.

Um diese Verformung der Realitäten zu vollenden, sind Kunstgriffe notwendig, die eine Gemeinschaft im Sinne einer staatlichen oder nationalen Gemeinschaft suggerieren, ohne aber den definitorischen Anspruch an Gemeinschaft real zu erfüllen. Hierzu gehören vor allem Verweise auf eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur, einen gemeinsamen Glauben, gemeinsame Werte und gemeinsame Feinde.

Ein Beispiel für eine von „oben“ verordnete Nationalstaatsgründung, die eine Gemeinschaft abbilden sollte, liefert das Königreich Italien. Es entstand 1861 auf dem heutigen Gebiet der Republica Italiana als Folge der Vereinigung ursprünglich eigenstaatlicher Fürstentümer und Regionen. Diesem Prozess gingen mehrere revolutionäre Erhebungen und die Italienischen Unabhängigkeitskriege voran.

Der neue Nationalstaat, der sich nach seiner Ausrufung als konstitutionelle Monarchie begründete, stürzte sich schnurstracks ins blutige Weltgeschehen. Das Königreich nahm am Raubzug zur Kolonialisierung Afrikas teil, kämpfte mit dem Osmanischen Reich um die Herrschaft in Libyen und beteiligte sich an beiden Weltkriegen. Im Juni 1946 war der Spuk vorbei und die Italienische Republik wurde ausgerufen. Und auch wenn sich der Nationalstaat Italien in der Gegenwart anschickt, sich gegenüber Flüchtlingen und Migranten abzuschotten, so existiert bis heute in der Bevölkerung kein wirkliches Interesse für Italien als Italien. Vielmehr verstehen sich die Neapolitaner als Neapolitaner, Venezianer als Venezianer und Römer als Römer.

Der „gemeinsame Feind“ schafft nur eine Anlaß-Gemeinschaft

Was ist mit den gemeinsamen, moralischen Werten, die die Regierungen im „freien Westen“ propagieren? Die unantastbare Würde des Menschen beispielsweise oder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, sind in Artikel und Paragraphen gegossen. Diese lassen Raum für Interpretation. Die Worthülsen werden biegsam und je nach Interessenlage verbogen. Ein Beispiel liefert der Handel mit und der Verkauf von Kriegsgerät. Nicht moralische, sondern materielle Werte sind hier handlungsleitend.

Die moralischen Werte wurden in der politischen Debatte derartig strapaziert, dass der Verweis auf sie die sinnstiftende Wirkung verloren hat. Deswegen müssen andere Ziele her, um „den Laden“ im Inneren zusammenzuhalten.

Der Psychologe Muzafer Sherif konnte schon 1954 mit seinem bekannten Ferienlagerexperiment [☑](#) nachweisen, dass gemeinsame Ziele zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften Frieden stiften.

Es ist keine Überraschung, dass trotz der Erfahrung zweier Weltkriege extern nach „gemeinsamen“ Feinden gesucht wird, die die „Retorten-Gemeinschaften“ bedrohen würden. Fast 20 Jahre nach 9/11 reicht der internationale Terrorismus und der gemeinsame „*Krieg gegen den*

Terror“, dem Hunderttausende Unschuldiger zum Opfer gefallen sind, nicht mehr aus. Selbst wenn terroristische Gruppen außerhalb ihres Aktionsbereichs operieren, so verfolgen sie in erster Linie staatsinterne beziehungsweise auf ein bestimmtes Territorium begrenzte Ziele.

Als Trumpf wurde die Religionskarte gespielt. Es wird ein internationaler islamistischer Terrorismus unterstellt, wodurch der Islam per se diskreditiert wurde. Dieser Versuch erweist sich als untauglich im Angesicht der Kriege um Ressourcen und strategischen Einfluss, die mit Billigung oder unter direkter beziehungsweise indirekter Beteiligung westlicher Staaten unter anderem im [Nahen Osten](#) geführt werden. Eine offensiv-ablehnende Haltung gegenüber Russland und den USA bleibt auf dem europäischen Kontinent als Ausweg – China ist geografisch und gedanklich zu weit entfernt.

Verkrusten, isolieren, zerbrechen

Um aus den bisherigen Nationalstaatskonstruktionen auszubrechen und einen „moralisch sauberen“ neuen Superstaat Europa zu zimmern, müssen Attribute betont werden, die jeder Mensch gerne in Anspruch nimmt: Wohlstand, Sicherheit und Friedfertigkeit. Daraus ergibt sich, dass an anderen Orten soziale Unsicherheit und vor allem Aggressivität warten. Wohlstand, so die Logik, gibt es nur im Paket mit Armut, Sicherheit nur bei vorhandener Unsicherheit und Friedfertigkeit ist lediglich dann gegeben, wenn Krieg und Gewalt als Spiegel dienen.

Dies passt wiederum ins Verständnis von homogenen Gemeinschaften. In ihnen entspringt weder das Bedürfnis nach externer Kritik noch nach Reflexion noch nach Experimenten. Somit verkrusten die Denk- und Sichtweisen zunehmend. Das hat Konsequenzen. Sobald zum Beispiel neue soziale Verhaltensmuster auftreten, die in der Gesellschaft als nützlich erkannt und angenommen werden, und diese somit verändern, wird die homogene Gemeinschaft nicht durch Anpassung reagieren, sondern mit Widerstand, da sie zum Wandel kaum mehr fähig ist. Sie wird sich weiter isolieren und letztlich zerbrechen (siehe Bauman, 2009).

Somit offenbart sich ein grundsätzliches Missverständnis, was ein Staat überhaupt mit Gemeinschaft zu tun hat – er hat nichts mit Gemeinschaft zu tun.

Das Staatsgebilde ist die Ausformung einer Klassengesellschaft, in der die Macht- und Herrschaftsverhältnisse klar verteilt sind: wenige Individuen, die in der Gegenwart die Masse des Besitzes über Finanzunternehmen, Konzerne, Vermögens- und Immobilienverwaltungen auf sich vereinigen, herrschen über viele andere. Auch die politische Beteiligung, die sich final in Wahlen kanalisiert, ändert nichts an der Trennung. Die im großen Stil vorangetriebene [Privatisierung von Gemeineigentum](#) ist ein untrüglicher Indikator.

Konkurrenzdenken schadet dem friedlichen Nebeneinander unterschiedlicher Gemeinschaften

Der moderne Staat, der das Konkurrenzdenken nicht nur zwischen den Völkern betont, sondern

die Individuen in Wettbewerb stellt – und damit die Aggressivität zwischen den Menschen fördert –, lässt sich durchaus mit einer Wiese vergleichen, auf der zahllose bunte Milchkühe in vielen kleinen Gruppen zusammenstehen. Wie im Politischen, zum Beispiel bei den extremen linken oder rechten Gruppierungen, weichen deren Ansprüche und Ziele teilweise eklatant voneinander ab. Was die Gruppen im Inneren zusammenhält, sind eigene, die Gemeinschaften beseelende Ideologien. Nach Außen wird nach Abgrenzung gestrebt, folglich „die anderen“ Gruppierungen bekämpft.

Der Besitzer der wettbewerbsorientierten Wiese – in der Realität multinationale Konzerne, die in die Politik einsickern und die Gemeinschaften auflösen – steht derweilen am Zaun und beobachtet das Geschehen. Dabei ist er darauf bedacht, dass die einzelnen Gruppen in ihrem Wirkungsgrad überschaubar und somit jederzeit kontrollierbar bleiben. Kommt es durch ein übergeordnetes Ziel zu einer Annäherung der Gruppen, wodurch die Wettbewerbssituation aufgehoben wird, so wie es aktuell bei den [Gelbwesten in Frankreich](#) zu beobachten ist, werden die herrschenden Verhältnisse infrage gestellt.

Entsprechend kann sich das Verständnis vom Staat als Gemeinschaft nur auf einen bestimmten Ausschnitt aller gesellschaftlichen Gruppen beziehen, nämlich auf jenen, der die größten Übereinstimmungen in vor allem politischen und sozialen Fragen aufweist. Das setzt wiederum voraus, sich gegenüber den intranationalen Extremen abzugrenzen, um als Gemeinschaft zu existieren. Somit wird die Idee von Nation und/oder Staat als Gemeinschaft aller Subjekte ad absurdum geführt.

Der Staat strebt nach traditionaler Herrschaft

Als Konzentrat bleibt zuerst die Feststellung, dass moderne Staaten, nicht nur in Europa, politische Gewaltgebilde sind (vgl. Max Weber), deren Ursprünge auf Kriegerkassen und die manipulative Kraft von Priestern und Tempeln zurückgehen ^[3]. Sie bildeten sich mit den Zivilisationen heraus, verbündeten sich – je nach Notwendigkeit – mit anderen Machtgruppen oder bekämpften sie.

In der historischen Dimension der Staatenbildung lässt sich dies an unzähligen Kreuz- und Raubzügen, Glaubens-, Kolonial-, Eroberungs- und Vereinigungskriegen, Annektionen und Einverleibungen durch diplomatische Handlungen nachvollziehen.

Einigkeit bestand bei den rivalisierenden Gruppen immer darin, das gemeine Volk von der Macht fernzuhalten. Die Basis des Seins heutiger europäischer Nationalstaaten ist also die Verfestigung von althergebrachten Besitz- und Machtverhältnissen, deren Ursprung Gewalt ist. Diese wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht eingestellt, sondern die kriegerischen Handlungen wurden „outgesourct“ vorzugsweise nach Afrika und Indochina.

„Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.“ (Max Weber, Soziologe)^[4]

Die staatliche legale Herrschaft, ein Gemisch aus Bürokratie und richterlicher Gewalt (Rechtspflege), die vor allem auf Verträgen beruht, die von den Beherrschten, wie aber auch von den Herrschenden eingehalten werden sollen, beginnt zu bröckeln.

Es ist zu erkennen, dass sich im politischen wie auch im gesellschaftlichen Raum die Herrschaft vom Recht entfernt, während das beherrschte Staatsvolk und seine Repräsentanten dem Recht mehr und mehr ausgeliefert sind. (vgl. Fritz R. Glunk, *Regieren ohne Regierung*).

Als Folge erfährt die legale Herrschaft immer weniger Unterstützung aus der Bevölkerung, was in zwingender Konsequenz zum Entzug der Legitimation und damit zum Ende der Herrschaft führt. Diese, sofern sie ihren Herrschaftsanspruch durchsetzen will, wandelt sich in einer Übergangsphase zur Tyrannei. Deren einzige Legitimation ist die Gewalt. Diese wiederum wird in Form von Revolutionen und Aufständen bekämpft.

Daher suchen Staaten vielfach nach Wegen, um die legale Herrschaft in [traditionale Herrschaft](#) zu überführen. Es gilt, die eigene Existenz als notwendige, weil Gemeinschaft ermöglichende, Konstruktion zu rechtfertigen. Fällt dieses Momentum aus, würde die Herrschaft noch mehr infrage gestellt.

Herrschaft aus Tradition speist ihre Legitimation aus dem Glauben der Beherrschten an eine Ordnung, die schon immer gegeben war und der daher gehorcht, also Legitimation erteilt werden müsse. Eine solche Gesellschaftsform, ähnlich der feudalistischen des europäischen Mittelalters, spaltet sich auf. Die dann gegebene Konstellation kann keine Gemeinschaft im Sinne der eingangs genannten Definition abbilden. Das Gemeinschaftsgefühl entfällt völlig: Der Herrscher wird zum Herren, die Beherrschten zu Untertanen.

Anlaß-Gemeinschaften erfüllen nicht die Aufgaben echter Gemeinschaften

Doch das Gemeinschaftsgefühl gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Der humanistische Psychologe Abraham Maslow ^[5] spricht von einem Liebes- bzw. Zugehörigkeitsbedürfnis, deren Erfüllung – in Kombination mit anderen Bedürfnissen – das Subjekt erst zum Subjekt macht. Doch um Gemeinschaften beizutreten, bedarf es erstmals welcher. Dies ist im Moment das eigentliche Problem: Es mangelt an verfestigten Gemeinschaftsformen. Und der Wille zum Exzess ist das Resultat fehlender echter Gemeinschaften.

In einer durch Mobilität, Flexibilität und Globalisierung veränderten Lebenswirklichkeit zersprengen traditionelle Gemeinschaftsformen wie Familie oder Nachbarschaft; gleichzeitig sucht und schafft sich das Subjekt neue Ersatzgemeinschaften. Der Nachteil: das Subjekt geht überwiegend Anlaß-Gemeinschaften (vgl. Bauman, 2009) ein, um eine „kollektive Absicherung gegen individuell erlebte Verunsicherungen“ zu erhalten.

Die Großstadt ist so eine Form von Anlaß-Gemeinschaft: künstliche, oberflächliche Bindungen, wie zwischen Igel, bei denen die Stacheln wirkliche Nähe verhindern. Doch das durch die „Stacheldistanz“ hervorgebrachte unbefriedigende Gemeinschaftsgefühl erzeugt im Subjekt eine Spannung, die es versucht aufzulösen. Dies geschieht auf zweierlei Art:

- (1) Rückzug ins Private.
- (2) Angriff in die Öffentlichkeit.

Was beide Weisen vereint, ist der „Wille zum Exzess“. Der *homo apathicus* zieht sich verstärkend in das Private zurück, um sein Liebesbedürfnis zu verwirklichen. Warum? Die Gesellschaft erschwert seine Realisierungsformen als Paar, Familie oder Nachbarschaft, die mit der Steigerungslogik einer [Leistungsgesellschaft](#) zunehmend konfliktieren, also in Konflikt geraten. Deswegen haftet dem Rückzug, als Ablehnung der Gesellschaft, etwas Exzessives an, weil es einen exzessiven Willen zum Mensch-Sein darstellt.

Der *homo hyperactivus* hingegen arrangiert sich mit der gesellschaftlichen Logik und seinem Unmensch-Sein. Er ist ein Kosmopolit, der in einer „gemeinschaftsfreien Zone“ (vgl. Bauman, 2009) lebt und Anlaß-Gemeinschaften einget. Sein „*Wille zum Exzess*“, als exzessive Affirmation gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden, äußert sich in unruhigen, zerstreuten und grenzenlosen Verhaltensweisen – sei es als Workaholic, als Adrenalinjunkie oder als Sportfanatiker.

Ohnmacht stellt die Grundstimmung beider Charaktertypen dar, also des *homo apathicus* und des *homo hyperactivus*. Der „Wille zum Exzess“ ist eine Möglichkeit des Subjekts der Ohnmacht im Rahmen seines Möglichen zu entfliehen. Doch ist es damit getan? Findet das Subjekt auf eigene Faust das verlorene Paradies der Gemeinschaft?

Auf eigene Faust sicherlich nicht. Bedingungen einer materiellen Gleichheit und zur Selbstbestimmung kann das Subjekt nicht beeinflussen.

Es ist Zeit, Bedingungen für Gemeinschaft zu schaffen

Deswegen gibt es den Berufspolitiker und das Gesetz. Oder in den Worten Zygmunt Baumans:

„Die beiden Dinge, für die eine Gemeinschaft sorgen müsste, um die Pathologie unserer atomisierten Gesellschaft direkt entgegenzuwirken sind die Gleichheit der Ressourcen ohne die sich die Ohnmacht von Individuen *de jure* nicht von der Selbstbestimmung von Individuen *de facto* umwandeln lässt, und die kollektive Absicherung gegen individuelle Defizite und Schicksalsschläge.“

Die Vergangenheit kann man nicht ändern, doch die Zukunft lässt sich positiv gestalten – auch unter widrigen Umständen. Vorausgesetzt es findet ein Wechsel von der Konkurrenz zur Kooperation statt.

Literaturhinweise

Zygmunt Bauman: *Gemeinschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (2009).

Abraham Harold Maslow: *Motivation und Persönlichkeit*. Olten und Freiburg i. B.: Walter (1977).

Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922).

Quellen und Anmerkungen

[1] Zygmunt Bauman (1925-2017) war ein polnisch-britischer Soziologe und einer der profiliertesten Sozialtheoretiker. Bauman setzte sich unter anderem mit der Macht in der Postmoderne auseinander. Diese bewege sich mit der Geschwindigkeit elektronischer Signale. Sie sei daher schwer greifbar, exterritorial und physisch unabhängig. Macht rinnt im Sinne von Bauman daher durch Raum und Zeit. Sie würde sich vor allem nicht an die nationalen Grenzen halten, die in der Moderne durch Grenzkontrollen und Kriege zwischen den Machtblöcken verteidigt wurden.

[2] Muzafer Sherif (1906-1988) war ein türkischer Sozialpsychologe. Er wurde bekannt durch seine Forschungen zum sozialen Einfluss und Konflikten innerhalb und zwischen Gruppen. Mit seinem Ferienlagerexperiment konnte Sherif nachweisen, dass es zum Abbauen von Stereotypen nicht ausreicht, Kontakt zwischen verschiedenen Gruppen herzustellen, sondern es insbesondere notwendig ist, gemeinsame Ziele anzustreben und diese durch aktive Zusammenarbeit zu verfolgen.

[3] Dr. Reinhard Paulsen: Staatenbildung, Zivilisation und das Recht des Stärkeren.

[4] Max Weber (1864-1920) war ein deutscher Nationalökonom und Soziologe. Weber beeinflusste mit seinen Theorien vor allem die Wirtschafts-, Herrschafts- und Religionssoziologie. Bekannt sind zum Beispiel seine Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik sowie das Prinzip der „Werturteilsfreiheit“. In der Wissenschaftstheorie wird unter der Anforderung nach Wertfreiheit verstanden, dass die Wahrheit eines Satzes unabhängig von seinem Gehalt beurteilt werden soll. Aussagen sollen nicht nur deshalb für richtig gehalten werden, weil sie dem eigenen Wertsystem aus Meinungen, Vorstellungen, Ideen und Idealen entsprechen, aber auch nicht als falsch gelten,

weil sie dem eigenen Wertsystem eben nicht entsprechen. Weber vertrat die Position, dass Wissenschaftliche Theorien das Ziel verfolge, Fakten in der Welt zu beschreiben. Dafür seien Werturteile unerheblich. Um die Frage „Was ist in der Welt der Fall?“ zu beantworten, wäre eine Beantwortung der Frage „Was sollte in der Welt der Fall sein?“ irrelevant. Weber gilt als einer der Klassiker der Soziologie und der Kultur- und Sozialwissenschaften.

[5] Abraham Harold Maslow (1908-1970) war ein US-amerikanischer Psychologe. Er wurde bekannt durch die nach ihm benannte Bedürfnispyramide. Maslow differenziert zwischen Defizitmotiven, die einem Zustand des Mangels entspringen und Wachstumsmotiven, die auf eine Selbstvervollkommnung des Subjekts zielen. Diese Vollkommenheit kann erst erreicht werden, sofern die Defizitmotive bestehend aus (1) physiologischen Bedürfnissen, (2) Sicherheitsbedürfnissen, (3) Liebesbedürfnis und (4) Wertschätzungsbedürfnis erfüllt werden.

+++

Dieser Artikel erschien am 22.1.2019 auf www.neue-debatte.com

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung.

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.

KenFM.de

Bitcoin Adresse: 18FpEnH1Dh83GXXGpRNqSoW5TL1z1PZgZK
<https://kenfm.de>
